

#UNSERBREMEN KANNMEHR

KURZ & KNAPP
WAHLPROGRAMM 2019 DER CDU BREMEN IM ÜBERBLICK

ENTWURF

HEIMAT BREMEN UND BREMERHAVEN – NACHHALTIG WACHSENDE STÄDTE

Bremerhaven und Bremen sind liebenswerte und weltoffene Städte mit 1.200-jähriger Geschichte. Sie sind Heimat für mehr als 600.000 Menschen, Tendenz steigend. Menschen die seit Generationen hier leben, aus anderen Regionen zugezogen und aus allen Ländern der Welt zugewandert sind. Hohe Lebensqualität und gute Rahmenbedingungen für ihr Zusammenleben in wachsenden Städten zu erhalten und gleichzeitig dabei zukünftige Generationen im Blick zu behalten, ist Aufgabe von Politik und Verwaltung; auch darum geht es bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019.

Unser Ziel ist ein kontinuierliches und dabei trotzdem ressourcenschonendes und nachhaltiges Wachstum unserer beiden Städte. Dabei geht es um Einwohnergewinnung, ein gestärktes und allen derzeitigen und zukünftigen Ansprüchen genügendes Bildungssystem, die Verbesserung des Wohnraumb Angebotes, ein attraktives Umfeld in den Quartieren, die Bedingungen zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen und eine Verbesserung der Mobilität innerhalb der Städte und in Bezug auf das Umland. Dabei wollen wir auch den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten stärken, Ungerechtigkeiten abbauen, Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen und mehr Vorsorge für einen generationengerechten, nachhaltigen und zukunftsorientierten Ressourceneinsatz. Gelungene und auf Gegenseitigkeit beruhende Integration ist ebenfalls eine wichtige Säule der wachsenden Stadt. Auf Kosten der Zukunft zu leben hat keine Zukunft, die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Kinder dürfen nicht weiter eingeschränkt werden. Das gilt gleichermaßen für den finanziellen und den natürlichen Ressourceneinsatz. Stattdessen brauchen wir eine Weichenstellung zur Nutzung der digitalen Möglichkeiten auf der ganzen Breite der Wirtschaft und Häfen, Wissenschaft, Bildung, Verwaltung, die nicht nur zusätzliche Chancen (und Herausforderungen) eröffnen, sondern perspektivisch zu verminderten und effektiveren Ressourceneinsatz genutzt werden sollen. Akzente dazu müssen insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung („Smart-City“) und Mobilität gesetzt werden.

Im Einzelnen wollen wir hierzu:

- Bremen als selbständiges Bundesland erhalten.
- ein Senatsressort für die Digitalisierung schaffen und in jedem Ressort einen Digitalisierungsbeauftragten ernennen.
- die Möglichkeiten der Digitalisierung offensiv nutzen, sodass Anträge und Bescheide ‚von Zuhause und nach Zuhause‘ wo immer möglich auf digital gestellt werden können.
- ein qualitativ hochwertiges allgemeines Bildungssystem, das für ‚Binnen- und Buten-Bremer‘ ein attraktives Angebot darstellt, und eine berufliche Bildung, die proaktiv dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirkt.
- die Sanierungshilfen des Bundes von 400 Mio. Euro jährlich ausschließlich für die Schuldentilgung der Stadtgemeinden und des Landes nutzen und die so eingesparten Zinsaufwendungen für zukunftsbezogene, steuerkraftstärkende und rentierliche Investitionen verwenden.
- über die zukünftige (Um-) Nutzung des Gebietes des Neustädter Hafens in einem ergebnisoffenen Verfahren und Ideenwettbewerb entscheiden.
- innovative Formen des Bauens und des Wohnens, beispielsweise Wohnen auf dem Wasser oder Tiny-Houses, ermöglichen.
- 30% der neuen Wohnbauflächen bauträgerfrei zur Verfügung stellen.
- erreichen, dass Bauanträge i.d.R. innerhalb von vier Wochen entschieden werden.
- eine schnelle Personen- und Radfahrer Weser-Linien-Fähre im Bremer Stadtgebiet einrichten.
- den Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Straßen, Rad- und Fußwege, ÖPNV) schrittweise und ohne einseitige Vorgaben abbauen.
- Service und Qualität im ÖPNV durch zusätzliche Linien und digitale Angebote der Information steigern.
- die Planung und den Bau neuer Verkehrsinfrastruktur beschleunigen und bei Neubaugebieten, Verkehrsinfrastruktur von vornherein für alle Verkehrsträger mitplanen.
- einen Ausbau der Taktfrequenz bei der Regio-S-Bahn und eine Verbesserung der P&R Angebote auch im niedersächsischen Umland erreichen.
- ein Landesintegrationsgesetz zur Bündelung von Zuständigkeiten und Formulierung von Erwartungen an und Ansprüche von Zuwanderern erlassen.

- eine Smart-City Strategie entwickeln, die Leuchtturmvorhaben, beispielsweise zum autonomen Fahren oder zur Verkehrssteuerung, ermöglicht.
- in Gewerbegebieten eine Breitbandversorgung von 100 Mbit/s bis spätestens 2022 sicherstellen,
- schnelles Internet flächendeckend als öffentliche Grundversorgung (wie Müllabfuhr oder Straßenbeleuchtung) ermöglichen.
- die Machbarkeit eines ‚Start-Up-Zentrums‘ im Technologiepark Bremen prüfen.
- die ‚STARHAUS-Initiative‘ zu einem echten ‚Inkubator‘ weiterentwickeln.
- jedes Jahr 40 Hektar Gewerbeflächen neu erschließen und die Dispositionsreserve auf 150 Hektar festsetzen.
- Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement, z.B. in der Betreuung und Hilfeleistung, deutlich stärken und wertschätzen,
- die Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Umlandgemeinden in allen Fragen, die öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen betreffen, beispielsweise im ÖPNV den Bürgerservice-Dienstleistungen oder der Krankenhausplanung intensivieren.

LEBENSQUALITÄT IN BREMEN UND BREMERHAVEN – SICHERHEIT IN UNSEREN STÄDTEN

Wir leben in einer spannenden Zeit, nie zuvor in der Menschheitsgeschichte war es so einfach möglich an jeden Ort der Welt zu reisen oder ohne zu Reisen mit Menschen rund um den Globus in Echtzeit zu kommunizieren, Waren und Dienstleistungen auszutauschen oder sich über ihre Lebensbedingungen zu informieren. Diese Freiheiten und die schiere Menge der verfügbaren Informationen führen andererseits zu einer unübersichtlichen Lage, in der fehlende Orientierung und Einordnung, Verlustängste und der Wunsch nach Sicherheit das Lebensgefühl vieler Menschen bestimmt. Sicherheit beschränkt sich dabei nicht allein auf den Schutz davor Opfer von Straftaten zu werden. So verstandene Sicherheit betrifft viele Lebensbereiche, wie die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Gesundheit, den Umwelt- und Klimaschutz, die Energieversorgung, die Verringerung des Armutsrisikos und dabei, nicht zu unterschätzen, auch jeweils das subjektive Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und die objektive Sicherheit in unseren Städten zu verbessern, ist Aufgabe von Politik und Verwaltung; auch darum geht es bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019.

Unser Ziel ist Bremerhaven und Bremen objektiv und nachprüfbar sicherer zu machen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dabei ist uns klar, dass es keine absolute Sicherheit geben kann, es geht aber darum, die Herausforderungen der Globalisierung besser als bisher anzunehmen, einen Kompass zu geben und Wege aus Armut aufzuzeigen.

Im Einzelnen wollen wir hierzu:

- die Zahl der Polizeibeamtinnen und –beamte in Bremen auf 2.800 und in Bremerhaven auf 520 erhöhen.
- die Anzahl der Streifenwagen in Bremen um 5 und in Bremerhaven um 2 Fahrzeuge erhöhen.
- in allen Stadtteilen Kontaktpolizisten (KOP) einsetzen.
- eine Polizeifahrradstaffel aufbauen und einsetzen.
- das Polizeigesetz an die aktuellen Herausforderungen anpassen und mit dem niedersächsischen Polizeigesetz harmonisieren.
- die Zuständigkeit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und bei Bedrohungen mit internationalem Hintergrund beim Bund konzentrieren.
- eine organisatorische Verbindung mindestens der norddeutschen Verfassungsschutzämter mit gleichen Standards bei der Technik erreichen.
- die Justiz personell so ausstatten, dass auch Kräfte für Schwerpunktermittlungen und aufwendige Einzelverfahren zur Verfügung stehen.
- die Arbeit von Frauenhäusern, Kinderschutzbund und weißem Ring unterstützen.
- für saubere und sichere Spielplätze sorgen.
- Steuerbetrug entschieden entgegenzutreten.

- uns für einen transparenten Datenschutz einsetzen, bei dem jeder das Recht hat zu erfahren, wo und welche Daten über sie und ihn gespeichert sind.
- das gesetzliche Schutzziel der Feuerwehr rund um die Uhr einhalten.
- Frauensitzplätze in Bus und Bahn direkt hinter dem Fahrer einrichten
- ein Haus des Jugendrechts einrichten, in dem alle staatlichen und städtischen Stellen koordiniert zusammenarbeiten
- eine Imagekampagne für ehrenamtliches Engagement initiieren.
- eine gleichermaßen wirtschaftlich wie sozial- und umweltverträgliche Energiewende und bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Bremen vom Netz nehmen.
- die Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes weiter ausbauen.
- wohnungslosen Menschen ausnahmslos eine Wohnung anbieten.
- Menschen ohne Bleiberechtigungsprospekt konsequent in ihre Heimatländer zurückführen
- pragmatisch die Interessen von Umweltschutz, Wirtschaft und Verkehr ausgleichen und von einem scheinbaren Widerspruch zu einem Standortvorteil entwickeln.

GENERATIONEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN - ZUSAMMENLEBEN IN UNSEREN STÄDTEN

Bremerhaven und Bremen sind selbstbewusste Städte mit einem besonderen Lebensgefühl.

Beide Städte verfügen über historisch gewachsene - und im Wandel begriffene - Wohnquartiere für unterschiedlichste Ansprüche von Studenten über Paare und Familien bis hin zu älteren Menschen. Vielfältige kulturelle Angebote und ein dichtes Netz an Bildungseinrichtungen für alle Lebensphasen gehören ebenso zur besonderen Atmosphäre in unseren Städten. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und hoch spezialisierte Kliniken bieten eine sehr gute Gesundheitsversorgung. Der Breiten-, wie der Leistungssport sind in unserem Land fest verwurzelt, etwa 20 Bundesligamannschaften und mehr als 139.000 Mitglieder in Sportvereinen sind Ausdruck davon.

Parks, Gärten, Grünzüge unserer Städte prägen die Aufenthaltsqualität an vielen Stellen. Die Nutzung der Weser und ihre Uferbereiche haben sich stark gewandelt, neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Häfen, Werften, Energieerzeugung und Logistik dienen sie mehr und mehr dem Wohnen, der Freizeit und dem Naturerlebnis. Unsere Bürgerinnen und Bürger engagieren sich vielfach und seit hunderten Jahren ehrenamtlich in Nachbarschaften, Vereinen, Stiftungen und Gesellschaften. Teilhabe, Gemeinsamkeit und solidarische Unterstützung, ob in Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik, ist ein generationenübergreifendes Anliegen, von dem am Ende alle profitieren. Chancen von Jugendlichen eröffnen, auch durch die Nutzung von Erfahrungen der Senioren.

Diese alles zählt zu den sogenannten „weichen Standortfaktoren“ und ist Ausdruck von Lebensqualität die für das Wohlbefinden der hier lebenden Menschen und bei der Auswahl des Wohn- und Arbeitsortes und der Festlegung eines Familienmittelpunktes mitentscheidend sind; auch darum geht es bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019.

Unser Ziel ist die Lebensqualität in Bremerhaven und Bremen kontinuierlich zu erhalten und zu verbessern, damit unsere Städte für Einheimische, Gäste und Neubürger attraktiv bleiben.

Im Einzelnen wollen wir:

- ein Gesamtkonzept zur zeitgemäßen Umgestaltung der Innenstadt entwickeln, das die verschiedenen Projekte und Interessen zusammenbindet.
- die finanzielle Ausstattung der Jugendfreizeiteinrichtungen kontinuierlich verbessern und die Mittel für die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit auskömmlich finanzieren.
- in der Stadtplanung für ältere Menschen geeigneten Wohnraum z.B. in Form von altersgerechten Eigentumswohnungen vorsehen.
- kostenlose Fitnessgeräte für Jung& Alt entlang an der Weser und anderen Grünanlagen einrichten.
- ein schwimmendes Schwimmbad in der Weser realisieren.

- einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem ersten Kindergartenjahr bis zum Schulabschluss schaffen.
- eine Jugendskaterbahn an einem in der Stadt gut erreichbaren Ort erhalten.
- den Pflegezustand unserer Parks und Gärten erhalten und verbessern, ihren Bestand uneingeschränkt sicherstellen und die Nutzung so regeln, dass der Schonung der Natur im Zweifel Vorrang eingeräumt wird.
- landwirtschaftlichen Betrieben den Verkauf von selbst erzeugten Produkten erleichtern (Hofläden).
- die Gründung einer medizinischen Fakultät prüfen, mit dem Ziel spätestens 2035 die ersten 100 Absolventen zu verabschieden.
- die öffentlichen Investitionen in unsere Kliniken schrittweise auf die notwendige Höhe anheben.
- Notfallambulanzen entlasten und ambulante Portalpraxen auf den Weg bringen.
- das Gesundheitswesen mit einer ‚digitalen Krankenakte‘ transparenter und effektiver machen.
- die Zuständigkeit für die Gesundheits- und die Altenpflege in einem Ressort zusammenfassen.
- für eine verbindliche Personaluntergrenzen in allen Einrichtungen der Pflege und eine Fachkraftquote von 50% in Altenpflegeeinrichtungen eintreten.
- die Möglichkeiten der ambulanten Pflege, der Kurzzeitpflege und der stationären Pflege in der gesamten Fläche unserer Städte sicherstellen.
- einen Pflege Beaufragten einsetzen.
- im April 2020 insgesamt 1000 Pflege Ausbildungsplätze zur Verfügung haben.
- uns für die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen einsetzen.
- einen ‚Tag des Ehrenamtes‘ schaffen und besondere Verdienste und Projekte in einem jährlichen Senatsempfang vorstellen und ehren.
- mit einer „Ehrenamtskarte“ für Jugendliche ehrenamtliches Engagement für junge Menschen attraktiver machen.
- die Zusammenarbeit zwischen dem Stiftungshaus Bremen und der staatlichen Aufsichtsbehörde verbessern.
- mit einem ‚Haus der jungen Athletinnen und Athleten‘ ein Sportinternat gründen.
- Sportvereinen noch besser und intensiver in den Ganztagsschulbetrieb integrieren.
- die Einnahmen aus der City-Tax dauerhaft für Kulturförderung nutzen.
- die erforderlichen Mittel zur Sanierung der ‚Seute Deern‘ gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven und privaten Unterstützern bereit stellen.
- Kindergartengruppen und Schulklassen in allen öffentlichen Museen freien Eintritt ermöglichen..
- die Stadtbibliotheken in Bremen und Bremerhaven sonntags öffnen.
- die Beiräte frühzeitiger und umfassender in ortsteilbezogene Entscheidungen und Planungen einbeziehen.
- dass in jedem Beirat mindestens einmal im Jahr ein Senatsmitglied öffentlich Rede und Antwort steht.
- die Online-Möglichkeiten der Petition bürgerfreundlicher gestalten.

CHANCEN UND ZUKUNFT IN BREMEN UND BREMERHAVEN – WETTBEWERBSFÄHIGE STÄDTE

Bildung, Ausbildung und Wissen sind die Grundlage für zukünftiges Wirtschaftswachstum und Wohlstand in unseren Städten. Die Bildung und das erlernte Können und Wissen der Menschen in unseren Städten sind die wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Das Erlernen neuer Techniken und das Entdecken neuen Wissens macht vielen Menschen große Freude und aktiv Lust auf Zukunft. Hierfür gilt es besonders Kinder zu begeistern. Deswegen wird Bildung das wichtigste Thema der kommenden Jahre. Die wachsende Geschwindigkeit, mit denen Innovationen und technische Neuerungen in unser Leben und unsere Arbeitswelt Einzug halten, erfordern es überdies lebenslang zu lernen und sich fortzubilden. Die zahlreichen staatlichen und privaten Bildungsorte von Kindergärten über Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien, die Berufsschulen, Hochschulen, und die Universität, die Meisterschulen, Fortbildungsinstitute bis hin zur Volkshochschule und außerschulischen Lernorten bilden eine gute Ausgangslage für unsere Städte. Vergleichstest insbesondere zur schulischen Bildung und dem Lernstand von Jungen und Mädchen in unserem Lande zeigen allerdings auch dringenden Handlungsbedarf. Kinder in Bremerhaven und Bremen sind nicht dümmer als andere Kinder und sie haben Anspruch

auf einen Unterricht und eine Bildung der ihnen die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnet; auch darum geht es bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019.

Unser Ziel ist allen Kindern und Jugendlichen eine Bildung zu ermöglichen, die ihre individuellen Fähigkeiten bestmöglich fördert. Hierzu wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Städte in der schulischen Bildung wiederherstellen und die Berufsausbildung stärken. Im Bereich der universitären Bildung müssen wir die Kapazitäten erhöhen und die Voraussetzungen für die Wiedererlangung des Exzellenzstatus erreichen. Darüber hinaus gilt es die institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen für lebenslanges Lernen zu schaffen und zu verbessern. Dazu gehören die frühkindliche Bildung, die allgemeinbildende Schule, die berufliche Bildung, das Studium an einer Hochschule und die Fort- und Weiterbildung gleichermaßen, die mehr als bisher im Zusammenhang gesehen werden muss. Wir wollen insbesondere im Bereich der Bildung die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung offensiv aufnehmen. Sie wird die Unterrichtsgestaltung und Methodik an allen Bildungseinrichtungen (allgemeinbildende Schulen, Hochschulen, Berufsschulen) genauso verändern wie die Organisation und die Kommunikation.

Im Einzelnen wollen wir:

- die schulische Bildung in ihrer Qualität verbessern und bei überregionalen Vergleichsstudien in den kommenden zehn Jahren mindestens die durchschnittlichen Kompetenzwerte der anderen Stadtstaaten erreichen.
- Kindergärten zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung entwickeln.
- einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem ersten Kindergartenjahr bis zum Schulabschluss schaffen.
- das zweigliedrige Schulsystem mit Oberschulen und Gymnasien erhalten.
- eine Unterrichtsgarantie und Vertretungstunden nur noch durch Fachkräfte abdecken.
- die Personalausstattung der Schulen auf 105 % bringen und den Unterrichtsausfall reduzieren.
- Fachfremd erteilten Unterricht deutlich zurückführen.
- die Ausgaben pro Schüler an den Durchschnitt der Länder anpassen.
- das digitale Klassenbuchführung flächendeckend einführen.
- auf den Zeugnissen ab der dritten Klasse auch Ziffernnoten vergeben.
- An der ‚dritten Sportstunde‘ festhalten und den praxisorientierten Unterricht stärken.
- Inklusion an Schulen dort umsetzen, wo die personellen und räumlichen Voraussetzungen gegeben sind.
- stärker als bisher außerschulische Lernorte, wie kulturelle Einrichtungen, landwirtschaftliche Betriebe, Naturreserve etc., nutzen.
- einen Berufsorientierungsunterricht einführen um die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu verbessern.
- das Handwerk (und die beruflichen Schulen) nachdrücklich dabei unterstützen, die Nachwuchsgewinnung, hauptsächlich in der dualen Ausbildung, zukunftsfähig auszugestalten.
- Studienabbrecher systematischer als bisher mit den Chancen in der beruflichen Ausbildung vertraut machen.
- bis 2035 die Gesamtstudierendenzahl im Lande Bremen auf 40.000 erhöhen, davon 5.000 an der Hochschule in Bremerhaven.
- keine allgemeinen Studiengebühren während des Erststudiums in der Regelzeit.
- die Möglichkeit von Anwesenheitspflichten bei Vorlesungen und Seminaren wieder einführen.
- den Lehramtsstudiengang ‚Sportpädagogik‘ an der Universität wieder einführen.
- die Verbraucherbildung und Grundsätze guter Ernährung in der Lehramtsausbildung breiteren Raum geben.
- die Kapazitäten in den Bereichen Lehramt und Sonderpädagogik ausweiten.
- die Staats- und Universitätsbibliothek sonntags öffnen.
- die Möglichkeiten der Digitalisierung auch in der Lehre und für neue Lernformen nutzen, zum Beispiel durch attraktive Online-Vorlesungen oder eine elektronische Studentenakte
- Kinderbetreuungszeiten in Kitas flexibilisieren und auch im Krankheitsfall eines Kindes Betreuungsmöglichkeiten verfügbar machen.
- Alleinerziehenden mit bei der Zuweisung von Kita- und Ganztagsschulplätzen im Zweifel den Vorrang geben,
- die Zahl der teilzeitfähigen Arbeitsplätze, insbesondere aber der Ausbildungsplätze in Teilzeit deutlich steigern.

Bremerhaven und Bremen können mehr – unsere Städte in Bewegung

Unser Eindruck ist: Bremen wird weit unter Wert regiert und verwaltet. Monatelange Wartezeiten auf behördliche Termine und Entscheidungen, fehlende Kitaplätze, fehlendes Personal in Behörden, Ämtern und Einrichtungen, Brandbriefe von Mitarbeitern, eine bis zur Substanzschädigung vernachlässigte öffentliche Infrastruktur und fehlende Innovationsfreude sind Ausdruck dieser Entwicklung im Innenverhältnis. Das Außenbild unseres Stadtstaates ist in vielen Bereichen leider ebenso verheerend, bei Vergleichsuntersuchungen belegen wir in vielen Kriterien die letzten Plätze im Länderranking. Darüber wird berichtet und das Bild der „roten Laternen“ prägt sich überregional ein. Das wird den Menschen in unseren Städten und ihrer Leistung nicht gerecht. Im Gegenteil: Bremen kann mit einer besseren politischen Führung mehr!

Die Ursache sehen wir nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Städte oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, sondern in allererster Linie in der seit Jahren nur unzureichend wahrgenommenen Führungsverantwortung beim Präsidenten des Senates und in den verschiedenen Senatsressorts. Dort wird oftmals eine Kultur vorgelebt, die darauf setzt, besser nichts zu machen als etwas auszuprobieren mit dem Risiko einen Fehler zu machen; auch darum geht es bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019.

Unser Ziel ist ein Wandel im Führungs- und Politikverständnis des Bremer Senats herbeizuführen und das jahrhundertalte Leitmotiv der Bremer Handelskammer „buten un binnen - wagen un winnen“ auch wieder zur Maxime des politischen Handelns zu machen. Orientiert am Wohl der Bürgerinnen und Bürger geht es darum mehr Neues zu wagen, Dinge auszuprobieren und beispielsweise die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen. Dass dabei Fehler passieren können, ist niemals ganz auszuschließen, durch eine gute Vorbereitung und Planung kann das Risiko aber minimiert werden. Darüber hinaus: Wir wollen die Selbständigkeit Bremens behaupten, die Kleinheit für mehr Schnelligkeit nutzen und die Zusammenarbeit mit unserem Umland verbessern.

Im Einzelnen wollen wir:

- Bremen als selbständiges Bundesland erhalten.
- ein Senatsressort für die Digitalisierung schaffen und in jedem Ressort einen Digitalisierungsbeauftragten ernennen.
- die Möglichkeiten der Digitalisierung offensiv nutzen, sodass Anträge und Bescheide ‚von Zuhause und nach Zuhause‘ wo immer möglich auf elektronischem Wege gestellt werden können.
- die Aktenführung in allen Behörden auf eine ‚digitale Akte‘ umstellen.
- ein digitales Verfahren für die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen entwickeln
- familiengerechte und flexible Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen.
- für alle Ressorts und ihre Verwaltungen, Ämter und Einrichtungen eine aufgabenbezogene Personalbedarfsanalyse durchführen und wo nötig nachsteuern bis eine angemessene Ausstattung erreicht ist.
- die Höhe der Beamtenbesoldung, über die Übernahme der tariflichen Steigerungen hinaus, schrittweise an Niedersachsen anpassen.
- Überstunden im öffentlichen Dienst zeitnah vergüten.
- die Sanierungshilfen des Bundes von 400 Mio. Euro jährlich ausschließlich für die Schuldentilgung der Stadtgemeinden und des Landes nutzen und die so eingesparten Zinsaufwendungen für zukunftsbezogene, steuerkraftstärkende und rentierliche Investitionen verwenden.
- eine Überprüfung und Anpassung von gewerblich zu zahlenden Steuern.
- das Finanzausweisungsgesetz nach klaren Indikatoren transparent und berechenbarer als bisher gestalten.
- schnellstmöglich die Übernahme der Kosten durch das Land für jegliches nichtunterrichtende Personal in den Schulen Bremerhavens umsetzen.
- dem Ressort Kinder und Bildung auch die Zuständigkeit für Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien sowie die Fort- und Weiterbildung übertragen.
- die Rückkehr zu neunjährigen Schulzeit an Gymnasien als Standard.
- die Kita-Finanzierung auf ein Gutschein System umstellen.
- Tagespflegepersonen gerechter als bisher bezahlen, so dass mindestens der Mindestlohn erreicht wird.

- die Aufklärungsquote bei Straftaten um mind. 5% steigern.
- eine gemeinsame Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes ‚Achim-West‘ zusammen mit der Gemeinde Achim
- eine Machbarkeitsstudie für ein neues Planfeststellungsverfahren für ein allgemeines Schwerlastterminal auf den Weg bringen.
- wenn es die Infrastruktur zulässt, nach und nach alle Dächer öffentlicher Gebäude begrünen und/oder für die Nutzung durch Photovoltaik und Solarthermie einsetzen.